

Gestohlene Heimat

DER VERLUST VON HEIMAT, BRAUCHTUM UND KULTUR

Es gilt das gesprochene Wort!

Was die Veranstalter dazu bewegen hat, einen im Rheinland geborenen und mittlerweile in Brandenburg beheimateten Historiker zu bitten, gerade in Dresden einen Vortrag über den Verlust von Heimat, Brauchtum und Kultur zu halten, entzieht sich meiner Kenntnis. Denn nach meiner langjährigen Kenntnis Ihrer Stadt mangelt es hier weder an Heimatbewusstsein noch an der Pflege regionaler Traditionen. Auch wird man den Dresdnern kaum den Verlust von Kultur nachsagen können. Jedenfalls scheinen 40 Jahre DDR die Heimatverbundenheit der Sachsen im Allgemeinen und der Dresdner im Besonderen nicht nachhaltig beschädigt zu haben.

Natürlich muss man für die DDR von Heimatverlust sprechen, wenn wir entweder an die Vertriebenen aus den Ostgebieten denken, die nach 1945 euphemistisch als „Umsiedler“ titulierte wurden, oder auch an die DDR-Flüchtlinge, die aus der Perspektive der SED-Führung „Republikflucht“ begingen. Keine Frage, sie verloren ihre angestammte Heimat, aber beanspruchte die DDR nicht gerade, den Vertriebenen eine neue Heimat zu schaffen? Kann man so einfach davon sprechen, dass sich Heimat und Sozialismus ausschlossen? Gab es hier nicht sowohl in der Propaganda als auch im Alltag breite Überschneidungen, die an ältere Entwicklungen anknüpften und teilweise bis in die Gegenwart weiterwirken? Jedenfalls war das Thema Heimat in der DDR kein Tabu.

Vorbild war auch hier der große Lehrmeister Sowjetunion als „Heimat der Werktätigen“. So heißt es im ersten Satz der 1946 für die deutschen Leser übersetzten Werke Lenins:

„Die Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin ist eine mächtige Waffe des Sowjetvolkes im Kampf für die Ehre, Freiheit und Unabhängigkeit unserer sozialistischen Heimat, im Kampf für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in unserem Lande.“ Damit war bereits das vorgeprägt, was in der DDR seit den Fünfzigerjahren als „sozialistischer Heimat-Begriff“ propagiert werden sollte. Oder denken Sie beispielsweise an die Schlussentzweiung vom „Prinzip Hoffnung“, dessen letzter Band allerdings zu einem Zeitpunkt erschien, als Ernst Bloch schon bei der SED-Führung in Ungnade gefallen war. Dort heißt es: „Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“ Heimat nicht als Herkunft, sondern als Zukunft des die Entfremdung überwindenden Menschen, das war eine Vorstellung, die auch die Idee der „sozialistischen Heimat“ bestimmte, aber nicht als utopische Projektion wie bei Ernst Bloch, sondern als idealisierte Beschreibung der von den Zwängen des Kapitalismus befreiten Menschen in der DDR.

In meinem heutigen Vortrag werde ich mich mit der Frage befassen, wie Sozialismus und Heimat und wie Heimatliebe und Alltagserfahrungen in der realsozialistischen Diktatur der DDR zusammenpassten. Dazu müssen wir uns zuerst mit der Genese des sozialistischen Heimatbegriffs in den Fünfzigerjahren befassen. Diese lässt sich nur aus dem Wechselspiel von politischen Ansprüchen und gesellschaftlicher Eigendynamik erklä-

ren, die im Mittelpunkt meiner Ausführungen stehen sollen. Abschließend werde ich nach einigen kursorischen Bemerkungen zu den Sechziger- und Siebzigerjahren noch einen Ausblick auf die Entwicklung in den Achtzigerjahren geben.

Als vor 30 Jahren die Gesellschaft für Heimatgeschichte in Ost-Berlin gegründet wurde, erklärte ihr erster Vorsitzender, der Historiker Willibald Gutsche, dass der sozialistische Heimatbegriff „nie etwas mit rückwärtsgewandten nostalgischen Aspekten bürgerlicher Provenienz“ zu tun gehabt habe. „Er war und ist“, so Gutsche im Januar 1979, „im Gegenteil Ausdruck einer revolutionären, der sozialistischen Gegenwart und der kommunistischen Zukunft unseres Landes zugewandten kämpferischen und humanistischen Position, die auf unserem wissenschaftlichen Weltbild aufruht, auf das tätige Mitgestalten am weiteren Ausbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zielt [...]“. Von vornherein, so Gutsche weiter, sei der sozialistische Heimat-Begriff eng mit dem Kulturbund und dort mit der Organisation der Natur- und Heimatfreunde verbunden gewesen. In der Tat lassen sich die Anfänge des sozialistischen Heimatbegriffs bis ins Frühjahr 1950 zurückverfolgen, als zunächst in Sachsen, dann auch in den anderen Ländern der DDR „Natur- und Heimatfreunde“-Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen wurden. Diese knüpften zumindest dem Namen nach an die „Naturfreunde“-Organisationen der deutschen Arbeitersportbewegung an, hatten aber in der Transformationsphase der späten Vierziger- und frühen Fünfzigerjahre eine völlig andere Funktion. Ihre wichtigste Aufgabe bestand nun darin, eine Dachorganisation für die Mitglieder aus den Vereinen und Verbänden der ehemaligen Heimatbewegung zu schaffen.

Das traditionelle Vereinswesen war mit Kriegsende und dem Einmarsch der Roten Armee keineswegs verschwunden, sondern existierte auch in der rechtlichen Grauzone der Nachkriegsjahre weiter. Nur einzelne Kategorien von Vereinen waren aufgrund von Kontrollrats-Direktiven und SMAD-Befehlen verboten worden. Dazu zählten die Gebirgs- und Wandervereine oder die nur

formal als Vereine geführten Gau-Heimatwerke, die faktisch Unterabteilungen der NS-Gauleitungen gewesen waren. Gelegentliche Vorstöße kommunaler und regionaler deutscher Verwaltungen zu einer generellen Auflösung aller Vereine entbehrten indes einer besatzungsrechtlichen Grundlage.

Diese Rechtslage wurde zunehmend zum Problem, da die neuen kommunistischen Machthaber tiefes Misstrauen gegen das traditionelle bürgerliche Vereinswesen hegten. Charakteristisch ist die Begründung, die die Berliner Volksbildungsabteilung im August 1945 für eine Neuordnung des Vereinswesens vorlegte: „Wesentliches Ziel einer amtlichen Lenkung der *gesamten* Kulturarbeit ist: Überwindung der deutschen Vereinsmeierei. Dies ist nötig sowohl aus kulturpolitischen wie weltanschaulichen Gründen. Unsere vom faschistischen Denken durchsetzten Menschen brauchen eine antifaschistisch-demokratische Ausrichtung auf *allen Gebieten*. Die üblichen Vereine aber sind erfahrungsgemäß Schlupfwinkel für Elemente, die dem neuen Aufbau entgegenstehen.“

Den Vereinen und Verbänden aus dem Umkreis der deutschen Heimatbewegung wurde zusätzlich zur Last gelegt, dass sie vor ihrer historischen Verantwortung versagt hätten, indem sie mit ihren Heimatvorstellungen reaktionären und chauvinistischen Tendenzen Vorschub geleistet hätten. Suspekt war den kommunistischen Kulturfunktionären zudem die regionale Orientierung der Heimatorganisationen, die sie einseitig mit Separatismus und den politischen Bestrebungen in den westlichen Besatzungszonen identifizierten.

Die entscheidenden Weichenstellungen zur Ausschaltung autonomer Vereinsstrukturen erfolgten seit 1948, als zunächst in Dresden – auf teils abenteuerlicher rechtlicher Grundlage – die endgültige Liquidation der wichtigsten Heimatverbände durchgesetzt wurde. Nicht jedoch, ohne gleichzeitig eine Perspektive zu entwickeln, die Aufgaben der Heimatbewegung in Zukunft in neuem organisatorischen Rahmen fortzuführen. So hieß es in einem Schreiben vom Oktober

1948: „Die positiven Gedanken des Heimat-schutzes werden selbstverständlich vom Mi-nisterium für Volksbildung aufs lebhafteste gefördert. Geeignete Träger dieser Gedan-ken sind die volksbildenden Gruppen, die sich teils um wissenschaftliche Institute, teils im Rahmen kultureller Organisationen, wie z.B. dem Kulturbund sammeln.“

Zu einem einheitlichen Ganzen formten sich diese Ansätze erst im Januar 1949, als mit der gemeinsamen Verordnung der Deut-schen Verwaltungen des Innern und für Volksbildung „zur Überführung von Volks-kunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden Massenorganisationen“ – so der vollständige Titel – das gesamte un-abhängige Vereinswesens beseitigt wurde. Obwohl in den Kulturbund zahlenmäßig we-niger Vereine integriert wurden als in den FDGB oder in die FDJ, traf ihn die Verände-rung nachhaltiger und härter als die ande-ren Massenorganisationen, denn entgegen seinem offiziellen Profil als „Organisation der Intelligenz“ hatte sich der Kulturbund schon in den vorangegangenen Jahren zu einer Dachorganisation für eine bunte Palet-te kultureller Aktivitäten entwickelt.

Nachdem die Kulturbund-Leitungen in den vorangegangenen Jahren immer auf eine Übernahme der unabhängigen Vereine ge-drängt hatten, wurden ihnen die damit ver-bundenen Risiken erst 1949 schlagartig be-wusst. Habe man in den vergangenen Jah-ren erfolgreich gegen die „Vereinsmeierei“ angekämpft, so Klaus Gysi als Kulturbund-Bundessekretär im März 1949, werde man „jetzt wahrscheinlich noch einmal ein Stück zurückgeworfen werden [...]. Das führt uns etwas auf die Bedingungen zurück, unter denen wir einmal unsere Arbeit begonnen haben.“ Und Gysis Kollege Karl Kneschke wurde noch deutlicher: „Alle diese Gruppen haben eine langjährige Tradition und haben teilweise unter dem Naziregime weitergear-beitet. Die Traditionen sind selten demokra-tisch und fortschrittlich, vielmehr aber Ver-einstraditionen, Liebhabertraditionen, die oft mit sektiererischem Inhalt verbunden sind.“ Kneschke wusste, wovon er sprach, denn er hatte als Landessekretär seit 1946 vergeb-lich versucht, die sächsische Kulturbund-Organisation auf Linie zu bringen.

Dass gerade Karl Kneschke zum Vater der „Natur- und Heimatfreunde“-Bewegung in der DDR und letztlich auch zum Erfinder des DDR-spezifischen sozialistischen Hei-matbegriffs werden sollte, ist ebenso über-raschend wie vielsagend. Als er im Februar 1946 von der Bundesleitung in Dresden ein-gesetzt wurde, um die unbotmäßige Lan-desleitung auf Vordermann zu bringen, ge-hörte er zu den radikalen Verfechtern uni-taristischer Kulturvorstellungen. Im völligen Einklang mit der Linie der Partei stand er den Vereinen und Verbänden der Heimat-bewegung nicht nur wegen ihrer konserva-tiven Grundhaltung, sondern genauso we-gen ihrer regionalen Orientierung mit großer innerer Distanz gegenüber. Als diese seit dem Januar 1949 in den Kulturbund über-nommen und unter seinem Dach in die neu geschaffenen lokalen Arbeitsgemeinschaften der „Natur- und Heimatfreunde“ überführt wurden, war sich Kneschke nur allzu gut bewusst, dass die eigentliche Arbeit gerade erst begonnen hatte.

Mit der Integration des unabhängigen Ver-einswesens hatten sich die Massenorgani-sationen in die Gesellschaft geöffnet, um diese im Sinne der Parteilinie kontrollieren, schrittweise transformieren und letztlich für die Ziele des sozialistischen Aufbaus mo-bilisieren zu können. Das verlangte aber andererseits erst einmal, ganz heterogene gesellschaftliche Interessen in die Massen-organisationen aufzunehmen, deren Lei-tungen einen klaren kultur- und gesell-schaftspolitischen Auftrag hatten. Da die Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften im Kulturbund auf Freiwilligkeit beruhte, halfen hier auch keine noch so ausgeklügelten An-leitungs-, Kontroll- und Sanktionsmecha-nismen. Immer wieder finden sich für die Fünf-zigerjahre Berichte von Arbeitsgemein-schaften, die den Kulturbund verließen, wenn sie sich gegängelt fühlten, noch viel häufiger allerdings Berichte von Kulturbund-Gruppen, die zentrale Anweisungen schlicht ignorierten oder geschickt unterliefen.

Um zu verhindern, dass der Kulturbund mit einem Schlag zu einer reinen Dachorga-nisation wurde, formulierte Kneschke An-fang 1950 kulturpolitische Leitsätze, die sich speziell an die neuen „Natur- und Heimat-

9. Juni 2009

www.kas.de

www.kas.de/dresden

freunde“-Arbeitsgemeinschaften richteten. In den meisten Punkten nahmen sie bereits das vorweg, was seit 1958 als sozialistischer Heimatbegriff propagiert wurde. Manche Versatzstücke seiner Argumentation griffen traditionelle Vorstellungen der deutschen Heimatbewegung auf, stellten diese aber in einen neuen Zusammenhang. So erklärte Kneschke: „Die Wurzel jedes Volkes aber liegt in dem Raum, auf dem es lebt, liegt in der Natur und seiner Heimat. *Natur und Heimat* sind also feststehende Begriffe für jeden einzelnen Menschen. Die Natur ist ein Teil unseres Lebens, die Heimat Teil unseres geistigen, werktätigen und kulturellen Schaffens. Beides gehört uns also gemeinsam, beides bildet die gesellschaftliche Plattform des gemeinsamen Zielen zustrebenden Volkes.“ Wahrscheinlich hätten ihm die meisten Anhänger der traditionellen Heimatbewegung bis zu diesem Punkt folgen können. Erst im nächsten Satz nahm die Formulierung eine andere Wendung. „Nach der politischen Wandlung,“ so Kneschke, „nach der Enteignung der Junker und Kriegsverbrecher, der Konzerne und Monopolkapitalisten ist unsere Heimat mit all ihren Kostbarkeiten und Schönheiten in den Besitz des gesamten Volkes übergegangen. [...] Unsere Liebe zur Natur steigerte sich also seitdem – unsere Liebe zu unserem Land, unserem Volk und seinem gesamten Eigentum.“ Nach dieser Definition waren „Natur“ und „Heimat“ nicht nur losgelöst von regionalen Orientierungen, sie standen auch in einem engen logischen Zusammenhang zur Durchsetzung des Volkseigentums in der DDR.

Auf der ersten „Natur- und Heimatfreunde“-Konferenz, die Ende März 1950 in Bautzen stattfand, leitete Kneschke daraus die Aufgabe ab, „das ganze Volk, das schaffende Volk, das kämpfende Volk zu erfassen, die Liebe zur Heimat und zum Frieden zu vertiefen, die Pflege und den Schutz der Heimat als eine Sache des Volkes zu propagieren und alle Menschen zur Mitarbeit aufzurufen.“ Die Arbeitsgemeinschaften sollten „nach neuer Art und neuen Grundsätzen, [...] im Geiste unseres neuen gesellschaftlichen Lebens, im demokratischen Geiste ihre Arbeit fortsetzen, neue Menschen zur Heimatliebe erziehen, neue Mitar-

beiter gewinnen und ein dichtes Netz der Natur- und Heimatfreunde über das ganze Land ziehen [...]“. Kneschke ließ aber schon zu diesem frühen Zeitpunkt keinen Zweifel daran, dass die Heimatliebe in der DDR kein Selbstzweck war. Wie er in Bautzen erklärte, sollte sie die Natur- und Heimatfreunde für den Aufbau der neuen gesellschaftlichen Ordnung mobilisieren und sie gleichzeitig für deren Verteidigung bereit machen.

Der grundsätzliche Anspruch, die neuen Arbeitsgemeinschaften anleiten und kontrollieren zu können, leitete sich daraus ab, dass sie als integrale Bestandteile des Kulturbunds auf dessen kulturpolitische Ziele verpflichtet waren. Zwar unterschieden sich die Aufgabenfelder der „Natur- und Heimatfreunde“ grundlegend von denen einer „Organisation der Intelligenz“, aber das hinderte die Kulturbund-Leitungen nicht daran, im Rahmen der von Kneschke abgesteckten Ziele Leitsätze und Aufgaben zu formulieren, die auf das Profil der neuen Arbeitsgemeinschaften zugeschnitten, aber deshalb nicht minder verpflichtend waren. Damit wurde die Durchsetzung der kulturpolitischen Leitlinien aber gleichzeitig auch zum Maßstab für den Erfolg oder Misserfolg der Kulturbund-Leitungen bei der Integration und Assimilation der ehemaligen Vereine aus der Heimatbewegung. Und trotz größter Anstrengungen fiel die Bilanz der Arbeit auf diesem Feld in den nächsten Jahren äußerst ernüchternd aus.

An sich war der Aufbau der „Natur- und Heimatfreunde“-Bewegung im Kulturbund eine einzige Erfolgsgeschichte. In den Fünfzigerjahren expandierten sie ohne Ende. In vielen Ortsgruppen stellten sie bereits nach wenigen Jahren einen beträchtlichen Teil der Mitglieder, sehr oft auch den aktivsten. Vor allem in den ländlichen Gemeinden erlebte der Kulturbund einen unerwarteten Aufschwung, nur bestanden die Ortsgruppen hier überwiegend aus „Natur- und Heimatfreunden“, während die „Intelligenz“ als eigentliches Klientel des Kulturbunds nicht weiter ins Gewicht fiel.

Damit drohte der Kulturbund sein Profil und seine Legitimation als „Organisation der Intelligenz“ aber vollends zu verlieren. Selbst-

kritisch musste Johannes R. Becher in seiner Funktion als Präsident des Kulturbunds 1952 einräumen, dass der Kulturbund zu einer „Allesbetreuer-Organisation“ verkommen sei. Gegen wen sich diese Äußerung richtete, wird deutlich, wenn man sich anschaut, dass genau in dieser Zeit die Rolle der „Natur- und Heimatfreunde“ in der Selbstdarstellung des Kulturbunds auf ein Minimum reduziert wurde. Im Vorfeld der II. SED-Parteikonferenz, mit der im Juli 1952 der forcierte Aufbau des Sozialismus in der DDR propagiert wurde, wäre es den Kulturbund-Leitungen am liebsten gewesen, sich wieder völlig auf das Kerngeschäft der „Intelligenz-Arbeit“ zu konzentrieren und die ungeliebten Mitglieder aus den ehemaligen Heimatvereinen nur noch unter „ferner liefen“ zu führen.

Was die „Natur- und Heimatfreunde“-Bewegung in dieser Situation rettete, war nicht nur ihre starke Stellung in den Kulturbund-Ortsgruppen, sondern paradoxerweise die II. Parteikonferenz selber. Um alle Kräfte für den Aufbau des Sozialismus zu mobilisieren, wurde dort auch der „Zwickauer Plan“ verabschiedet, der darauf abzielte, „die Massen mit sozialistischem Bewusstsein zu erfüllen“. Dazu sollten unter anderem auch eine größere Aufmerksamkeit für die Schätze der Vergangenheit, die „Liebe zur Heimatgeschichte“ und die Wiederbelebung der Volkskultur dienen, mithin Aufgabenfelder, um die sich in den vergangenen Jahre vor allem die Arbeitsgemeinschaften im Kulturbund bemüht hatten. Gerade in dieser Phase einer starken politischen Radikalisierung erhielten die „Natur- und Heimatfreunde“ mit dem Auftrag, zum „sozialistischen Patriotismus“ beizutragen, eine neue Legitimationsgrundlage, die es den Kulturbund-Leitungen unmöglich machte, sie dauerhaft zu marginalisieren.

Die kurzzeitige kulturpolitische Öffnung im Zeichen des „Neuen Kurses“ eröffnete seit 1953 sogar neue Freiräume, die von den Arbeitsgemeinschaften teilweise extensiv genutzt wurde. So wurden zentrale Vorgaben auf Orts- und Kreisebene oft sehr „eigen-sinnig“ interpretiert und so stark mit eigenen Ideen angereichert, dass sie nur noch wenig mit den kulturpolitischen Leit-

vorstellungen des Kulturbunds zu tun hatten. Stattdessen knüpften sie oft direkt an die Traditionen der alten Heimatvereine an. Das galt in gewisser Weise auch für die regionalen Heimatzeitschriften, die seit Mitte der Fünfzigerjahre mit dem offiziellen Segen der Kulturbund-Leitungen für die Territorien der de facto 1952 aufgelösten Länder der DDR geschaffen wurden. Natürlich traten diese Zeitschriften mit dem Anspruch an, die Heimatverbundenheit ihrer Leser in Loyalität gegenüber der DDR und Engagement für den sozialistischen Aufbau umzumünzen, aber vergleicht man die kulturpolitischen Beiträge mit der Masse der Aufsätze, so spiegelten die Zeitschriften in den Fünfzigerjahren weitaus stärker die Interessen der „Natur- und Heimatfreunde“-Arbeitsgemeinschaften als die Intentionen der Kulturbund-Leitungen wider. Das sollte den meisten Heimatzeitschriften allerdings das Genick brechen, als im Vorfeld des V. SED-Parteitag vom Juli 1958 wieder die kulturpolitischen Daumenschrauben angezogen wurden.

In diese Phase fiel die endgültige Definition des sozialistischen Heimatbegriffs, und erneut war es Karl Kneschke, der die Debatte prägte. Hatte er in seiner früheren Argumentation die regionale Orientierung der meisten „Natur- und Heimatfreunde“ einfach übergangen, so setzte er sich nun explizit mit dem Verhältnis von „kleiner“ und „großer“ Heimat auseinander. Dabei erkannte er die Bedeutung der „kleinen Heimat“ an, die „für den einfachen Menschen überschaubar“ sei, ging aber von einem Ideal aus, in dem sich „kleine“ und „große“ Heimat harmonisch zusammenfügten. Diese ideale Einheit sei mit der Reichsgründung und der nachfolgenden regionalistischen Orientierung der deutschen Heimatbewegung zerbrochen. Erst in der DDR ließ sie sich wieder herstellen: „Es ist die Liebe zum Aufbau des Sozialismus in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat, der seinen Bürgern Arbeit und Brot, die Sicherheit vor Wirtschaftskrisen und soziale Hilfe garantiert, der für den Frieden eintritt, allein und in Gemeinschaft mit allen friedliebenden Völkern. Bei uns,“ so Kneschke, „kann sich die Liebe zur kleinen Heimat mit der Liebe zur großen Heimat, unserer sozialistischen

DRESDEN

DR. THOMAS SCHAARSCHMIDT

9. Juni 2009

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Heimat, unserer Deutschen Demokratischen Republik vereinigen.“

Damit wurde ein scharfer Kontrast zur westdeutschen Heimatbewegung aufgebaut, deren Heimatverständnis nicht nur mit „Vereinsmeierei“ und „Heimattümelei“, sondern – quasi als Spiegelbild der antifaschistischen Standortbestimmung der DDR – auch mit „Deuschtümelei“, „Nationalismus“ und „Chauvinismus“ identifiziert wurde. Indem die Heimatbewegung in der Bundesrepublik sowohl für die „Katastrophe des 2. Weltkrieges“ als auch für die Außenpolitik der Bundesregierung verantwortlich gemacht wurde, sollten allen Ambitionen der ostdeutschen „Natur- und Heimatfreunde“, über die Zonengrenze zu schießen, ein Riegel vorgeschoben werden. Nach der Definition des sozialistischen Heimatbegriffs war ihre Heimat in der DDR, hier sollten sie bleiben und am Aufbau des Sozialismus mitwirken.

In den Fünfzigerjahren schien dieses Konzept sogar aufzugehen. Dank ihrer relativ großen Handlungsspielräume boten die Arbeitsgemeinschaften auch jenen Menschen, die sich ihrem als Heimat empfundenen Nahraum verbunden fühlten, aber ansonsten wenig Sympathien für die sozialistische Ordnung der DDR hatten, die Möglichkeit, in einer offiziell anerkannten Massenorganisation mitzuwirken, dort aber im Kreis Gleichgesinnter vor allem eigene Interessen zu verfolgen. Das trug nicht nur zu ihrer Beheimatung bei, sondern konnte indirekt auch dem sozialistischen Aufbau zugute kommen.

Das beste Beispiel dafür war der Dorfverschönerungswettbewerb, der 1955 unter dem Titel „Das schöne Dorf“ startete, dann zum „sozialistischen Dorf“ mutierte und schließlich in die „Mach mit!“-Bewegung einmündete. Der Wettbewerb war Teil des Nationalen Aufbauwerks, mit dem die DDR-Bürger für den sozialistischen Aufbau mobilisiert werden sollten. In dem von den „Natur- und Heimatfreunden“ getragenen Dorfverschönerungswettbewerb gelang das in geradezu vorbildlicher Weise, weil hier in der Tradition der ehemaligen Heimatvereine bürgerschaftliches Engagement für das ei-

gene Lebensumfeld gefragt war, das dem Einzelnen neue Gestaltungsspielräume eröffnete. Heimatverbundenheit, gesellschaftliches Engagement und die Verankerung der „Natur- und Heimatfreunde“ in den Gemeinden bestärkten sich wechselseitig und sorgten in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre für einen weiteren Aufschwung der Organisation.

Diese dynamische Bewegung fand jedoch ein jähes Ende, als der Dorfverschönerungswettbewerb im Zuge der generellen Kursänderung vor dem V. Parteitag von der Nationalen Front übernommen wurde und eine völlig neue Ausrichtung erhielt. Ganz offensichtlich stellten viele „Natur- und Heimatfreunde“ ihre Mitarbeit sofort ein, als sie den Eindruck gewannen, dass ihre Interessen keine ausreichende Berücksichtigung mehr fanden. Wenn es das Ziel der Politisierungskampagne seit 1958 gewesen war, die „Natur- und Heimatfreunde“-Arbeitsgemeinschaften durch die Propagierung des sozialistischen Heimatbegriffs an die kulturpolitischen Ziele der Kulturbund-Bundesleitung und der SED heranzuführen, so erreichten die direkten Eingriffe in ihre praktische Arbeit das genaue Gegenteil. Damit wurde auch der Zweck verfehlt, die Heimatverbundenheit der in den Arbeitsgemeinschaften organisierten Menschen zu nutzen, um sie langfristig für die sozialistische Ordnung der DDR zu gewinnen und sie kurzfristig von möglichen Fluchtabsichten abzubringen.

Dass der „Natur- und Heimatfreunde“-Organisation 1958 die Zuständigkeit für den Dorfverschönerungswettbewerb entzogen wurde, war kein Zufall. Die Entscheidung hing zum Teil mit den neuen ökonomischen Prioritäten im Zuge der Vollkollektivierung der Landwirtschaft zusammen, mindestens ebenso aber mit der Einsicht der Kulturbund-Leitungen, dass die örtlichen Arbeitsgemeinschaften und ihre Kreisorganisationen sich mit zunehmendem Erfolg einer kulturpolitischen Steuerung immer weiter entzogen. Pläne von 1959, sie ganz aus der „Organisation der Intelligenz“ auszuschließen, wurden schließlich fallengelassen, weil der Kulturbund damit seine personelle Substanz in der Fläche verloren hätte

und die „Natur- und Heimatfreunde“-Bewegung vollends unkontrollierbar geworden wäre. Damit blieb es – bis zum Ende der DDR – bei der 1949/50 angelegten Grundstruktur einer in den Kulturbund integrierten sozialistischen Heimatbewegung, die einerseits in zentrale Anleitungsstrukturen eingebunden war, sich aber andererseits in ihrer praktischen Arbeit ein beträchtliches Maß an Autonomie bewahrte.

Einschränkungen politischer Art ergaben sich in den Sechziger- und Siebzigerjahren nicht zuletzt aus der Abschaffung vieler Heimatzeitschriften, zu denen neben den meisten regionalen Periodika auch das zentrale Organ der Arbeitsgemeinschaften die Zeitschrift „Natur und Heimat“ gehörte, die 1962 – zehn Jahre nach ihrem ersten Erscheinen – eingestellt wurde. Im Hintergrund stand hier offensichtlich das Bestreben, die Heimat- und Regionalforschung von ihrem Ruch der „Heimattümelei“ zu befreien und auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen, denn zeitgleich wurde unter der Ägide der Leipziger Karl-Marx-Universität die Arbeitsgemeinschaft „Heimat- und Landesgeschichte“ in der Deutschen Historikergesellschaft der DDR gegründet. 1965 folgte die erste Ausgabe des „Jahrbuchs für Regionalgeschichte“. Diese Neuorientierung bildete zusammen mit den Postulaten des sozialistischen Heimatbegriffs die kulturpolitischen Rahmenbedingungen der „Natur- und Heimatfreunde“-Arbeitsgemeinschaften bis in die späten Siebzigerjahre.

Noch die Gründung der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Januar 1979 diente eigentlich dem Zweck, „die heimatgeschichtliche Arbeit des Kulturbunds in die Gesamtkonzeption der Geschichtswissenschaft der DDR auf dem Gebiet der regionalgeschichtlichen Forschung und Propaganda einzuordnen,“ so die entsprechenden Leitsätze des Kulturbund-Präsidiums. Diese Verwissenschaftlichung im Sinne des historischen Materialismus, die sich die Kulturbund-Leitungen schon seit den Anfängen der „Natur- und Heimatfreunde“-Bewegung auf die Fahnen geschrieben hatten, blieben aber auch in den Achtzigerjahren holde Theorie.

Jetzt kam erschwerend hinzu, dass sich mit der „Erbe und Tradition“-Debatte immer neue Themenfelder erschlossen, die gerade aus regionaler und lokaler Perspektive von großem Interesse waren und de facto auch schon in den vorangegangenen Jahrzehnten zu den bevorzugten Interessengebieten der „Natur- und Heimatfreunde“ gehört hatten. In diesem Prozess entglitten die Arbeitsgemeinschaften der Gesellschaft für Heimatgeschichte immer weiter der zentralen Anleitung und Kontrolle. Schließlich erreichte die Autonomie in einzelnen Arbeitsgemeinschaften ein solches Ausmaß, dass sie sich 1989/90 problemlos wieder als Vereine konstituieren konnten.

Kehren wir noch einmal zur Ausgangsfrage zurück. Gestohlene Heimat? Verlust von Heimat in der DDR? Der in den Fünfzigerjahren von Kulturfunktionären der SED formulierte und propagierte sozialistische Heimat-Begriff grenzte sich scharf von traditionellen, auf geografische Räume bezogenen und gesellschaftliche Konflikte überwölbenden Heimatvorstellungen ab. War die Machtfrage aber erst einmal entschieden, der Klassenkampf gewonnen und das ganze Land in Volkseigentum überführt, ließen sich auch die kommunistischen Machthaber nicht die Gelegenheit entgehen, an die Heimatverbundenheit vieler Menschen in den Städten und Regionen der DDR anzuknüpfen, um diese zur Identifikation mit dem neuen Staat und seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu nutzen. Dieses Konzept lebte von der Hoffnung, dass letztlich auch unpolitische Heimatliebe ein wichtiges Motiv dafür sein konnte, in der DDR zu bleiben und sich für den sozialistischen Aufbau zu engagieren.

Wie ich Ihnen hoffentlich mit meinen Ausführungen zu den Fünfzigerjahren zeigen konnte, waren diese Erwartungen nicht völlig aus der Luft gegriffen. Die Entwicklung der Achtzigerjahre weist indes darauf hin, dass die wachsenden Freiräume für die Heimatbewegung im Kulturbund – im Kontext der „Erbe und Tradition“-Debatte – zur Aushöhlung des staatlichen Deutungsmonopols beitrugen. Wenn man auch grundsätzlich davon ausgehen kann, dass Heimatverbundenheit die Bereitschaft zum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DRESDEN

DR. THOMAS SCHAARSCHMIDT

9. Juni 2009

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Bleiben stärkt, sorgten doch die Verschärfung des politischen Klimas Ende der Fünfzigerjahre und die finale Staats- und Wirtschaftskrise der DDR in den späten Achtzigerjahren dafür, diese eher unkonventionellen Ansätze zu einer Stabilisierung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zunichte zu machen.